



Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht

07

Geschäftsbericht

07

über das 85. Geschäftsjahr 2007
Berlin/Köln

Inhalt

Zur strategischen Ausrichtung	4
BFS auf einen Blick	5
Aufsichtsrat	6
Organe	7
Zentralbeirat	8
Bericht des Vorstandes	11
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Sozialwirtschaftliche Entwicklungen	16
Lagebericht 2007	23
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
Entwicklung der Tochterunternehmen	34
Bericht des Aufsichtsrates	38
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007	41
Gewinn- und Verlustrechnung 2007	45
Anhang 2007	48
Bestätigungsvermerk	61
Geschäftsstellen und Repräsentanzen	62

Zur strategischen Ausrichtung

4

Das beherrschende Thema im Bankensektor zwischen Sommer 2007 und Frühjahr 2008 waren die internationalen Finanzmarkturbulenzen und ihre Konsequenzen für die Weltwirtschaft. Nach Abschluss des 4. Quartals wurde deutlich, dass die Auswirkungen noch wesentlich größer sind als angenommen. Auch hat die Krise bewusst gemacht, dass das Bankgeschäft trotz aller aufsichtsrechtlichen Regelungen und Kontrollmechanismen nach wie vor stark auf Vertrauen beruht.

Für die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich im Rahmen dieser Entwicklungen ihr traditionell risikoaverses Verhalten ausgezahlt: Sie war nicht direkt involviert, da sie weder strukturierte Produkte in ihrem Portfolio hatte, die mit der „Subprime“-Krise in Zusammenhang standen, noch selbst Kreditverkäufe vorgenommen hatte. Von den indirekten Wirkungen und den Folgen der Krise insbesondere im Interbankengeschäft konnte jedoch auch sie sich nicht frei machen. Unter anderem war eine deutliche Zurückhaltung der Marktakteure zu spüren. Es stand wesentlich weniger Liquidität zur Verfügung. Die Refinanzierung der Banken wurde damit erheblich schwieriger und teurer.

Dennoch mussten wir – im Gegensatz zu vielen anderen Banken – keine Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien vornehmen und auch die Kreditkosten nicht erhöhen. Hier haben wir einmal mehr von unseren auf den Kundenkreis Sozialwirtschaft spezialisierten Instrumentarien profitiert: Unser internes Ratingsystem erfasst anhand definierter Kriterien die Risiken der Einrichtungsarten des Sozial- und Gesundheitswesens genauer als andere Ratingsysteme. Ergänzende Leistungen wie z. B. Standort- und Wettbewerbsanalysen, Betriebsvergleiche und ein System zur Investitionskostenkontrolle runden die Genauigkeit der Einschätzung ab.

Im vergangenen Geschäftsjahr haben wir durch diese Erfahrungen einmal mehr feststellen können, dass die konsequente strategische Ausrichtung der BFS von gro-

ßem Vorteil ist. Die jahrzehntelange Fokussierung auf die Sozialwirtschaft, verbunden mit der Zielsetzung eines qualifizierten Wachstums, das nur ein begrenztes Eingehen von Risiken zulässt, hat sich einmal mehr bewährt: Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat 2007 ihre positive Geschäftsentwicklung unverändert fortsetzen können. Das Geschäftsergebnis des Vorjahres wurde erneut übertroffen.

Parallel waren wir durch die im Rahmen von Basel II umzusetzenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) aufgefordert, die Geschäfts- und Risikostrategie der BFS noch einmal intensiv zu diskutieren, schriftlich festzulegen und zu kommunizieren. Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich für eine Fortsetzung ihrer bisherigen strategischen Ausrichtung und Risikopolitik entschieden. Strategisches Ziel bleibt die nachhaltige Positionierung als Spezialkreditinstitut in der Sozialwirtschaft. Neben einem weiteren Ausbau der Marktposition durch qualifiziertes Wachstum setzen wir auf eine strategische Erweiterung des Produktportfolios.

Die Veränderungen der Finanzierungsbedingungen im Sozial- und Gesundheitswesen werden in den nächsten Jahren zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Banken und anderen Akteuren auf den Kapitalmärkten führen. Die Kreditnachfrage wird sich insbesondere durch die nachlassende Investitionskostenförderung weiterhin stark erhöhen. Zudem werden Elemente der Unternehmensfinanzierung an Bedeutung gewinnen. Für unser Institut liegen in diesen Entwicklungen weiterhin sehr gute Wachstumschancen.

In welchen Feldern wir im Geschäftsjahr 2007 aktiv waren, um unsere Position als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozialwirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

BFS auf einen Blick

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	4.683,9	4.548,2	135,7	3,0%
Eigengeschäft	4.509,5	4.373,5	136,0	3,1%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	136,0	120,0	16,0	13,3%
Forderungen an Kreditinstitute	132,1	206,1	-74,0	-35,9%
Wertpapiere	2.033,3	1.994,4	38,9	1,9%
Forderungen an Kunden	2.272,9	2.104,6	168,3	8,0%
Treuhandkredite	174,4	174,7	-0,3	-0,2%
Einlagen von Kreditinstituten	1.406,4	1.467,8	-61,4	-4,2%
Einlagen von Kunden	2.796,9	2.607,4	189,5	7,3%
• täglich fällig	1.271,5	1.216,5	55,0	4,5%
• Festgelder	1.448,8	1.313,3	135,5	10,3%
• davon Sparbriefe	30,7	39,9	-9,2	-23,1%
• Spareinlagen	76,6	77,6	-1,0	-1,3 %
eigene Schuldverschreibungen	20,3	30,8	-10,5	-34,1%
Zinsüberschuss	72,4	67,9	4,5	6,7%
Provisionsergebnis	5,2	5,2	0,0	0,0%
Betrieblicher Aufwand	-39,9	-41,1	1,2	-3,0%
Betriebsergebnis	42,4	35,4	7,0	19,8%
Jahresüberschuss	23,4	19,8	3,6	17,9%

Aufsichtsrat

6

- **Wolfgang Altenbernd**
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Dortmund
- **Christian Graf von Bassewitz**
Bankier i. R., Düsseldorf
- **Dr. Robert Batkiewicz**
Geschäftsführer, Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e.V., Köln
- **Rainer Brückers**
Bundesgeschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin
- **Pfarrer Dr. h. c. Jürgen Gohde**
Präsident a. D., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin (bis 3. Juli 2007)
- **Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik**
Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Berlin (seit 3. Juli 2007)
- **Dr. Ulrich Schneider**
Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V., Berlin
- **Paul-Werner Schöndorf**
Finanzdirektor a. D., Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg
- **Berthold Simons**
Kaufmännischer Direktor i. R., DRK-Krankenhaus GmbH, Berlin
- **Dr. Wolfgang Teske**
Finanzdirektor, Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Stuttgart
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)
- **Dr. Ernst Thiemann**
Geschäftsführer i. R., Oberaudorf
- **Michael Warman**
Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V., Frankfurt am Main
- **Prof. Dr. Manfred Willms**
Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat, Berlin (Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
Dietmar Krüger, Köln

Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln (seit 1. Oktober 2007)
Dr. Arnd Verleger, Köln

Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
Anke Buder, Leiterin der Geschäftsstelle Dresden
Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Zentralbeirat

8

- **Walter Bockemühl**
Vorsitzender des Vorstandes, AOK-Rheinland-Pfalz, Eisenberg (bis 31. Dezember 2007)
- **Volker Bredick**
Bundesvorstand, JUH – Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Berlin
- **Dietmar Bühler**
Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau
- **Klaus Dahlmeyer**
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e.V., Karlsruhe
- **Thomas Dane**
Vorstand, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg, Innere Mission und Hilfswerk e.V., Berlin
- **Silvia Dobrindt**
Kienbaum Executive Consultants GmbH, Düsseldorf (bis 31. Dezember 2007)
- **Thomas Doerr**
Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin
- **Herr Alfons Donat**
Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegegesellschaft mbH, Dernbach (seit 1. Januar 2008)
- **Willi Esser**
Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste e.V., Bonn
- **Günter Famulla**
Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e.V., Hannover
- **Franz-Heinrich Fischler**
Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Berlin
- **Dr. Gabriele Girke**
Landesgeschäftsführerin, PARITÄTISCHES Zentrum, Magdeburg
- **Manfred Kallenbach**
Hauptgeschäftsführer, Die Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH, Rummelsberg
- **Friedhelm Kamps**
Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk, Landesverband Rheinland e.V., Düsseldorf (seit 1. Januar 2008)
- **Hartmut G. Knippscheer**
Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk, Rothenburg (seit 1. Juni 2007)
- **Wolfgang F. Kraft**
Stv. Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
- **Pastor Dr. Udo Krolzik**
Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche und Diakonie, Berlin
- **Professor Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang**
Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen
- **Oswald Menninger**
Geschäftsführer, DPWV – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Berlin
- **Bernd Molzberger**
Geschäftsführer, Marienhaus GmbH, Waldbreitbach (bis 31. Dezember 2007)
- **Hans-Herbert Müller**
Geschäftsführer, MTG Malteser-Trägersgesellschaft gGmbH, Bonn

-
- **Wilhelm Müller**
Geschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband e.V., Köln
 - **Andreas Niedermeier**
Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V., München
 - **Hans-Peter Niemeier**
Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V., Berlin
 - **Dr. Peter Olijnyk**
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt Müritz e.V., Waren (seit 1. Januar 2008)
 - **Thorsten Ostermann**
Geschäftsführer Ostermann & Partner, Kanzlei für Wirtschafts- und Unternehmensberatung im Gesundheitswesen GmbH & Co. KG, Bonn (seit 1. Januar 2008)
 - **Gerhard Ridderbusch**
Geschäftsführer, PRO DIAKO gGmbH, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, Hannover (seit 1. Januar 2008)
 - **Johann Wilhelm Römer**
Generalsekretär a. D., Mainz (bis 31. Dezember 2007)
 - **Niko Roth**
Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg im Breisgau
 - **Markus Schächter**
Intendant, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz (seit 1. Juli 2007)
 - **Bernd Scheweling**
Mitglied des Aufsichtsrates, Curanum AG, München
 - **Klaus Schilling**
Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe, Greifswald (seit 1. Januar 2008)
 - **Josef Schmitz-Elsen**
Generalsekretär a. D., Bonn – Bad-Godesberg (bis 31. Dezember 2007)
 - **Elfi Scho-Antwerpes**
Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, DPWV – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V., Köln
 - **Peter Schöne**
Geschäftsführer, DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH, Mainz (bis 1. Juli 2007)
 - **Leonhard Stärk**
Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz, München
 - **Dr. Jörg Steinhausen**
Landesgeschäftsführer, Der Paritätische Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
 - **Clemens Graf von Waldburg-Zeil**
Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Berlin
 - **Dr. Hans Wendtner**
Stellvertretender Geschäftsführer a. D., Deutsche Bischofskonferenz, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn (bis 31. Dezember 2007)



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2007 war ein wirtschaftlich turbulentes Jahr. Nach vier Jahren weltweiter konjunktureller Aufwärtsdynamik boten sich in der ersten Jahreshälfte noch glänzende Perspektiven. Im Gleichschritt mit dem Aufwärtstrend der weltweiten Aktienindizes erreichte der Deutsche Aktienindex (DAX) ein neues Rekordhoch. Deutschland konnte erneut in besonderem Maße von der global kräftig steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern profitieren.

Kritische Stimmen, die bereits seit längerem vor einem Platzen der Blase am US-Immobilienmarkt warnten, blieben in diesem Stimmungshoch weitgehend ungehört.

Die Wende begann im Frühjahr, als in den USA die Zahlungsausfälle von Hypothekenkrediten an Schuldner zweifelhafter Bonität („Subprime“-Kredite) den höchsten Stand der letzten Jahre erreichten. Verursacht wurde diese Entwicklung durch kontinuierliche Zinserhöhungen bei gleichzeitig stetigem Verfall der Immobilienpreise. Auswirkungen auf das globale Finanzsystem ergaben sich dadurch, dass die notleidenden Kredite über Umwege auch in anderen Anlageformen enthalten sind. Umgewandelt in Anleihen wurden die Subprime-Kredite als Wertpapiere gehandelt und fanden damit Einzug in die Portfolios professioneller Anleger. In den zurückliegenden zinsschwachen Zeiten wurden diese Anleihen nicht nur von risikoorientierten Hedgefonds, sondern auch von Banken und Publikumsfonds am Markt aufgenommen.

In Folge der Geschehnisse am US-Immobilienmarkt haben führende Bewertungsagenturen die Bonitätsnoten von Anleihen herabgestuft, die mit Subprime-Hypotheken gesichert waren. Dies brachte zunächst Hedgefonds und schließlich auch immer mehr Banken in Bedrängnis. Die betroffenen Institute konnten teilweise nur durch Rettungsaktionen unter Beteiligung der gesamten nationalen Kreditwirtschaft und des Staates vor der Schließung bewahrt werden.

Dank ausreichend starker Antriebsfaktoren aus dem In- und Ausland hat sich in Deutschland der konjunkturelle Aufschwung trotz Mehrwertsteuererhöhung, starkem Euro und Finanzmarktkapriolen auch in 2007 fortgesetzt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) expandierte im Jahresvergleich um 2,5 %. Dieser Zuwachs liegt zwar unter dem Ergebnis von 2006 (+ 2,9 %), aber immer noch deutlich über dem längerfristigen Trendwachstum von rund 1,5 %.

Auf der Entstehungsseite trugen alle Wirtschaftsbereiche positiv zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes bei. Besonders kräftig stieg die Wirtschaftsleistung des Produzierenden Gewerbes (+ 5,2 % gegenüber dem Vorjahresergebnis). Deutliche Zuwächse gab es auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+ 2,3 %), Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahe Dienstleistungen (+ 3,1 %) sowie im Sektor Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (+ 2,7 %). Auch im Baugewerbe konnte die Wirtschaftsleistung erneut ausgeweitet werden. Mit einem Plus von 1,7 % gegenüber dem Vorjahr hat der in 2006 begonnene Aufschwung in diesem Sektor allerdings merklich an Dynamik verloren. In 2006 hatte der Zuwachs noch 5,4 % betragen. Die Bruttowertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,6 % zu.

Investitionstätigkeit entwickelt sich dynamisch

Positive Absatz- und Gewinnerwartungen, günstige Finanzierungsbedingungen und eine hohe Kapazitätsauslastung veranlassten die in Deutschland ansässigen Unternehmen, ihre Bruttoinvestitionen um kräftige 4,9 % auszuweiten, womit die Investitionen 0,9 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitrugen. Besonders stark expandierten die Ausrüstungsinvestitionen (+ 8,5 %). Da ab 2008 für Neuinvestitionen keine degressive Abschreibung mehr vorgenommen werden kann, sind in das Jah-

resergebnis auch zahlreiche vorgezogene Investitionsmaßnahmen eingeflossen. Investitionen in sonstige Anlagen stiegen um 6,5 % und Bauinvestitionen wurden um 2,0 % ausgeweitet.

Konsum bleibt hinter den Erwartungen zurück

Trotz der steigenden Beschäftigung und anziehender Nominallohne fiel das Volumen des Privaten Konsums in realer Rechnung um 0,3 % gegenüber dem Vorjahresniveau zurück und dämpfte damit die gesamtwirtschaftliche Expansion um 0,2 Prozentpunkte.

Der durch den Beschäftigungsanstieg und die höheren Löhne erzielte Zugewinn an Kaufkraft wurde aufgezehrt durch die Anhebung der Mehrwertsteuer und kräftig steigende Verbraucherpreise. Zu dem schwachen Ergebnis des Konsums trug auch bei, dass viele Anschaffungen langlebiger Verbrauchsgüter wegen der Mehrwertsteueranhebung auf das Jahr 2006 vorgezogen worden waren.

Die Sparquote erhöhte sich leicht von 10,5 % auf 10,8 %, nachdem sie im Vorjahr erstmalig seit 2000 um 0,1 Prozentpunkte gesunken war.

Anders stellt sich die Entwicklung beim Staatsverbrauch dar, wo sich die verbesserte Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte in einer kräftigen Ausweitung der staatlichen Konsumausgaben um real 4,0 % niederschlagen hat. Aufgrund der relativ geringen absoluten Höhe der staatlichen Verbrauchsausgaben beläuft sich der hierdurch generierte Wachstumsbeitrag auf lediglich 0,4 Prozentpunkte.

Außenhandel erneut Wachstumsmotor

Auch in 2007 waren deutsche Güter und Dienstleistungen wieder internationale Verkaufsschlager. Das Exportvolumen konnte um 8,3 % ausgeweitet werden, wobei die zusätzlichen Exporte größtenteils von den Mitgliedsstaaten der Eurozone nachgefragt wurden. Beflügelt durch die gestiegene Inlandsverwendung erhöhten sich auch die Einfuhren kräftig um 5,7 %. Insgesamt steuerte der Außenbeitrag 1,4 Prozentpunkte zum Gesamtwachstum bei.

Konjunkturaufschwung ermöglicht ausgeglichenen Staatshaushalt

In 2007 konnte der deutsche Staat (Bund, Länder und Gemeinden, Sozialversicherungen) erstmals seit Ende der 80er Jahre einen geringfügigen Haushaltsüberschuss in Höhe von EUR 0,07 Mrd. bzw. 0,1 % ausweisen. Dabei hatten die Überschüsse der Länder und Gemeinden sowie der Sozialversicherungen das Defizit des Bundes (rund EUR 22 Mrd.) zu kompensieren. Der ausgeglichene Finanzierungssaldo wurde alleine durch die um 4,7 % auf EUR 1.064,8 Mrd. gestiegenen Einnahmen ermöglicht. Die gute Konjunkturlage und die Ausweitung der Beschäftigung ließen vor allem die Produktions- und Importabgaben (+ 8,1 %) sowie die Einkommensteuern (+ 9,2 %) sprudeln. Bei den Ausgaben kam es erneut zu einem Anstieg (+ 1,0 % auf EUR 1.064,7 Mrd.), nachdem im Vorjahr noch eine Konsolidierung gelungen war.

Trotz des konjunkturbedingten Einnahmenüberschusses stiegen die staatlichen Schulden auf dem Kreditmarkt auch in 2007 erneut an. Der Schuldenstand wuchs bis zum Jahresende um EUR 4,6 Mrd. bzw. 0,3 % auf EUR 1.551,8 Mrd.

Entspannung am Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die Anzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich 2007 im Jahresdurchschnitt um 649.000 Personen (+ 1,7 %). Der Großteil der neuen Beschäftigungsverhältnisse (571.000 bzw. rund 88 %) war voll sozialversicherungspflichtig. Vor allem in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen wurden neue Stellen geschaffen. Aber auch vom Produzierenden Gewerbe wurden zusätzliche Arbeitskräfte nachgefragt. Die Zahl der Arbeitslosen fiel um 641.000 Personen (- 15,1 %) auf jahresdurchschnittlich 3,6 Millionen.

Teuerung zieht merklich an

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber 2006 um 2,2 % gestiegen. Dies ist die höchste Jahresteuerrate seit 1994. Für den Preisauftrieb sind neben der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2007 um 3,9 %. Seit der zweiten Jahreshälfte wurde die Entwicklung der Verbraucherpreisinflation auch durch die sukzessiven Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln (+ 3,1 % im Jahresdurchschnitt 2007) geprägt. Zusätzlich wirkte sich bereits seit April 2007 der Preisanstieg für das Bildungswesen auf die Teuerungsrate aus, insbesondere die Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern. Die Kerninflation ohne Energie, administrative Preise und saisonabhängige Waren und Dienstleistungen stieg lediglich um 1,8 %.

Finanzmarktkrise stoppt geldpolitischen Straffungszyklus der Eurozone

Mit Anhebungen des Leitzinssatzes im März und Juni 2007 um jeweils 25 Basispunkte setzte die Europäische Zentralbank (EZB) den in 2005 begonnenen geldpolitischen Straffungszyklus fort. Angesichts mittelfristig aufwärtsgerichteter Inflationsrisiken bei gleichzeitig positiven Konjunkturperspektiven war zunächst mit weiteren Erhöhungsschritten zu rechnen.

Mit der Finanzmarktkrise änderten sich in der zweiten Jahreshälfte jedoch die Rahmenbedingungen für die geldpolitischen Entscheidungen. Die Maßnahmen der EZB konzentrierten sich im Folgenden darauf, durch die Bereitstellung von Liquidität zur Stabilisierung der Geldmarktzinsen beizutragen. Zinserhöhungen wurden bis zum Jahresende ausgesetzt; der Leitzinssatz blieb unverändert bei 4,0 %.

Subprime-Krise veranlasst US-Zentralbank zur Lockerung der Geldpolitik

Während sich in der ersten Jahreshälfte 2007 noch eine potentialgerechte Expansion abzeichnete, steuerte die US-Wirtschaft infolge der Eskalation der US-Hypothekenmarktkrise im zweiten Halbjahr mit zunehmendem Tempo auf eine Rezession zu. Im vierten Quartal 2007 betrug die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes nur noch 0,6 % zum Vorquartal, nach zuvor 4,9 %.

Die US-Notenbank Federal Reserve System (FED) reagierte auf die Krise ab August mit einer Bereitstellung von zusätzlicher Liquidität für die Kreditinstitute und ab September mit einer Absenkung des Tagesgeld- bzw. Leitzinssatzes von 5,25 % auf 4,25 % zum Jahresultimo.

Zinsstrukturkurve bleibt flach

In Anbetracht der robusten Konjunktorentwicklung in der Eurozone und eines US-Wachstums in der Nähe des Produktionspotentials bewegten sich die Renditen langjähriger Anleihen bis Ende Februar auf einem Niveau von rund 4,0 % leicht aufwärts. Im Zuge einer Korrektur am Aktienmarkt und anschließenden Umschichtungen in festverzinsliche Wertpapiere stiegen die Anleihekurse Ende Februar/Anfang März kurzzeitig wieder in die Nähe des Ultimowertes 2006.

Mit dem zunehmenden Vertrauen in die Nachhaltigkeit des Aufschwungs in der Eurozone und den Anhebungen des Leitzinssatzes durch die EZB zogen die Anleiherenditen im zweiten Quartal merklich an. Zur Jahresmitte lag die Umlaufrendite mit 4,6 % gut einen halben Prozentpunkt höher als am Anfang des Jahres.

Im zweiten Halbjahr bewirkte die US-Hypothekenkrise eine verstärkte Mittelverlagerung in Staatsanleihen als „sicheren Hafen“ und damit rückläufige Renditen. Bis Ende Oktober hatte die Umlaufrendite mit etwa 4,0 % wieder ihr Niveau vom Jahresbeginn erreicht.

Eine erneute Erhöhung der Anleiherenditen wurde im letzten Quartal durch den kräftigen Anstieg der Verbraucherpreisinflation in der Eurozone bewirkt. Da jedoch die meisten Marktteilnehmer mittelfristig mit einer wieder niedrigeren Teuerungsrate rechneten, hielt sich der Renditeanstieg in Grenzen. Zum Jahresultimo lag die Umlaufrendite mit 4,3 % rund einen Drittel Prozentpunkt höher als zum Jahresbeginn.

Euro setzt seinen Höhenflug fort

Aufgrund der unterschiedlichen Zinsperspektiven in den USA und in der Eurozone blieb der Aufwärtstrend der Gemeinschaftswährung gegenüber dem US-Dollar auch in 2007 intakt. Zu einer kräftigen Aufwertung des Euro kam es ab Herbst, als sich die Anreize, Mittel in den Euro-Raum zu verlagern, aufgrund der weiter divergierenden Zinsperspektiven für den Dollar und den Euro zusehends erhöhten. Während die US-Zentralbank bereits im September auf einen neuen Zinssenkungskurs eingeschwenkt war, hielt die EZB den Leitzinssatz der Eurozone konstant und fokussierte ihre Rhetorik auf die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität. Im November erreichte der Kurs des Euro mit 1,49 Dollar den höchsten Stand seit Beginn der europäischen Währungsunion. Am Ende des Jahres hatte der Euro bei einem Preis von 1,47 Dollar um 12 % gegenüber dem Jahresanfang aufgewertet.

Aktienmärkte zeigen sich in robuster Verfassung

Der deutsche Aktienmarkt startete mit kräftigen Zuwächsen in das Jahr 2007. Solide Unternehmensgewinne und gute Konjunkturperspektiven führten zu steigenden Unternehmensbewertungen. Ende Februar wurden die Aktienindizes kurzfristig durch einen überraschenden Kurseinbruch an der Shanghaier Börse und den Konflikt um das iranische Atomprogramm nach unten gezogen. Die Verluste waren aber bereits im April wieder ausgeglichen. Die gute Konjunkturentwicklung sowie positive Unternehmensberichte, Fusionen und Übernahmeperspektiven beflügelten den DAX bis Juli auf eine neue Höchstmarke von 8.106 Punkten. Die geldpolitische Straffung im Euro-Raum blieb dagegen für die Aktienkurse folgenlos.

Unter ernsthaften Druck gerieten die Dividendentitel erst, als die substantielle Neubewertung von Anlagerisiken im Zuge der US-Hypothekenkrise auch auf den deutschen Bank- und Finanzmarkt übergriff. Bis Mitte August

fiel der DAX um rund 10 %. Aber schon im Herbst hatte sich das Kursbarometer wieder weitgehend stabilisiert. Im Schlussquartal präsentierte sich der Aktienhandel mit neuem Optimismus. Zum einen gingen die Marktakteure davon aus, dass die deutsche Wirtschaft von der Finanzkrise deutlich weniger belastet würde als die USA. Zudem deutete sich für die USA zwar eine Wachstumsverlangsamung, nicht jedoch eine Rezession an. Unterstützend wirkten auch die von der US-Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Krisenbewältigung. Am Jahresende hatte der DAX mit 8.067 Zählern einen Zuwachs in Höhe von 22 % gegenüber dem Jahresultimo 2006 erreicht.

Ausblick

In 2008 werden insbesondere die Konjunkturabschwächung in den USA und die erhöhte Risikoaversion an den Kapitalmärkten das globale Wirtschaftsgeschehen prägen. Nach zwei Jahren kräftiger wirtschaftlicher Expansion wird auch in der deutschen Volkswirtschaft die Bremswirkung der globalen Rahmenbedingungen spürbar werden. Die Verlangsamung wird einhergehen mit einer ausgewogeneren Verteilung des Wachstums über die Wirtschaftsbereiche. Einer geringeren Dynamik beim Außenhandel und den Investitionen steht die Hoffnung auf eine Kräftigung des Konsums entgegen.

Belastungen für das Exportgeschäft ergeben sich aus der nachhaltigen Abwertung des Dollar, welche die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verringert, sowie aus dem erwarteten Nachfragerückgang aus den USA.

Die trüberen Aussichten für das Ausfuhrgeschäft sind auch ein Grund für die sich abzeichnende merkliche Abkühlung der Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen. Daneben werden in 2008 auch die Investitionen fehlen, die wegen der befristeten Verbesserung der Abschreibungsbedingungen in das Jahr 2007 vorgezogen

wurden. Im Bausektor weisen die substantiell gesunkenen Auftragseingänge auf das Auslaufen der in 2006 begonnenen Boomphase hin.

Hoffnungen liegen auf einem erhöhten Wachstumsbeitrag des Privaten Verbrauchs. Sollte sich in den kommenden Monaten der Preisanstieg nicht verstärken und sich die US-Finanzmarktkrise nicht nachhaltig auf die Konsumentenstimmung auswirken, könnten die konsumbelebenden Kräfte wie Beschäftigungs- und Einkommensanstieg dominieren und den Privatverbrauch in 2008 zu einer Konjunkturstütze für Deutschland werden lassen.

Deutschland ist ein chancenreicher Standort. In vielen Sektoren sind deutsche Unternehmen weltweit Innovationsführer. Neben der boomenden Umwelttechnologie sind auch Bereiche wie Logistik, Nanotechnologie und nicht zuletzt der Gesundheits- und Sozialsektor gefragte Investitionsziele.

Bericht des Vorstandes

Sozialwirtschaftliche Entwicklungen

16

Die Leistungsbereiche in der Sozialwirtschaft werden nach wie vor weitgehend reglementiert durch den Gesetzgeber sowie durch die Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger. Im Berichtsjahr sind die Reformen der Sozialen Sicherungssysteme und die dadurch bedingten Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den einzelnen Branchen der Sozialwirtschaft fortgesetzt worden. Weiter zugenommen haben auch der Wettbewerb der Anbieter und die Verschiebungen in der Nachfrage. Die Anbieter sind gefordert, die anstehenden Anpassungsprozesse vorausschauend und professionell zu steuern und sich neuen Finanzierungsanforderungen zu stellen.

Anpassung des Leistungsangebots

In einigen Bereichen der Sozialwirtschaft geht ein erhöhter Bedarf mit einer **Ausweitung** der Angebote einher. So soll der Bestand an Betreuungsplätzen für Kinder bis zu drei Jahren von 2006 bis 2013 um ca. 428.700 auf ca. 750.000 Plätze ausgeweitet werden. Steigend ist auch die Zahl der Schulen in freier Trägerschaft: Gab es 2000 erst 2.306 allgemeinbildende Privatschulen, so waren es 2006 bereits 2.867. Der Bedarf an ambulant betreutem Wohnen für Menschen mit Behinderung wird zwischen 2005¹ bis 2010 um ca. 40,3 % auf ca. 80.100 Plätze ansteigen.

Parallel dazu ist ein **Abbau** von Leistungen festzustellen. So ging im Bereich der Vorsorge- und Rehabilitation die Bettenzahl von 2000² bis 2006 um 17.105 zurück; die Bettenzahl in Krankenhäusern verringerte sich von 2000³ bis 2006 um 48.884. Zahlen für das Berichtsjahr liegen noch nicht vor; von einer Fortsetzung der Tendenz ist auszugehen.

Zudem sind **intersektorale Leistungsverchiebungen** zwischen den Bereichen Krankenhaus, Rehabilitation und Pflege auszumachen. So vollzieht sich z. B. eine Ausglie-

derung von Leistungen aus dem Krankenhaus in den prästationären Bereich mit der ambulanten Versorgung und in den Bereich der poststationären Versorgung mit Rehabilitation, stationärer Pflege, häuslicher Krankenpflege etc.

Die Anforderungen an die Unternehmenssteuerung und Leistungsentwicklung und das damit verbundene Investment werden noch dadurch gesteigert, dass bei der Planung und der Finanzierung **intertemporale Bedarfschwankungen** zu berücksichtigen sind. So kann man z. B. davon ausgehen, dass sich die Anzahl der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung bis 2010 auf ca. 245.900 Plätze und damit seit 2005 um ca. 15 % erhöhen wird. Ab 2011 dagegen wird die Zahl der Werkstattbeschäftigten voraussichtlich auf ca. 227.000 in 2018 und weiter bis auf ca. 202.000 in 2021 sinken.

In das Blickfeld Sozialwirtschaft ist mittlerweile auch die **interregionale Bevölkerungsmobilität** gerückt. Diese hat in den Entleerungs- bzw. Ballungsräumen nicht nur einen Abbau bzw. Aufbau von Leistungsangeboten zur Folge, sondern auch Veränderungen des regionalen Leistungsmix. So wird es nicht ohne Auswirkungen auf die Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur bleiben, wenn beispielsweise die Stadt Halle/Saale bis 2020 um ca. 16,7 % schrumpfen wird und München allein für 2006 einen positiven Wanderungssaldo von 32.228 Einwohnern aufweist.

Die Anbieter in der Sozialwirtschaft haben zugleich die Ausweitung, den Abbau, die intersektorale Leistungsverchiebung wie auch die mobilitätsbedingten Veränderungen des Leistungsangebots zu bewältigen.

¹ 2005: 57.100 Plätze

² 2000: 189.822 Betten

³ 2000: 559.651 Betten



Zur strategischen Ausrichtung
 BFS auf einen Blick
 Aufsichtsrat
 Organe
 Zentralbeirat
 Bericht des Vorstandes
 Bericht des Aufsichtsrates
 Jahresbilanz
 Gewinn- und Verlustrechnung
 Anhang



Anpassung der Leistungsformen

Neben den Leistungsangeboten ändern sich auch die Leistungsformen. Hier ist zunächst die zunehmende **Ambulantisierung** anzuführen. Es findet ein Abbau stationärer Einrichtungen und Plätze z. B. im Bereich der Pflege, der Rehabilitation und der Gesundheitsversorgung statt.

Im Bereich der Pflege steigt zwar der Bedarf an Wohnformen und pflegerischen Leistungen für Senioren, dies schlägt sich aber nicht in einer ebensolchen Nachfrage nach traditionellen stationären Einrichtungen nieder. Vorstationäre Angebote wie haushaltsnahe Dienstleistungen, ambulante Betreuungs- und Pflegedienste, ambulant betreute Wohngruppen etc. werden ausgebaut. Im Behindertenbereich vollzieht sich ein Platzabbau in Wohnheimen. Es wird erwartet, dass im Zeitraum von 2005 bis 2010 zusätzlich für ca. 32.000 behinderte Menschen betreute Wohnmöglichkeiten bereitgestellt werden müssen und dass dieser Zusatzbedarf zu etwa 70 % vom ambulanten Angeboten aufgefangen werden wird. Die Zahl der stationären Rehabilitationen nahm von 2000 bis 2006 um 7 % auf 828.191 ab, die der ambulanten Maßnahmen erhöhte sich um 174 % auf 98.066. In den Krankenhäusern erhöhte sich bereits von 2002 bis 2006 die Zahl der ambulant behandelten Fälle von 2,9 Mio. auf 5,1 Mio. Für das Berichtsjahr liegen noch keine Zahlen vor.

Die Steuerung durch Gesetzgeber und Finanzierungsträger forciert die Ambulantisierung. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz⁴ sieht vor, dass durch finanzielle Anreize und durch institutionelle Vorkehrungen (z. B. Pflegestützpunkte, Case Manager) die ambulante Versorgung gestärkt wird. Sozialhilfeträger machen stärker von dem in SGB XII verankerten Ambulantisierungsvorbehalt Gebrauch. Auch die Rehabilitationsträger stärken den Ausbau der ambulanten Versorgungsformen. Eine Verlagerung von Gesundheitsleistungen in den ambulanten

Bereich geschieht durch die Einführung von DRGs – die Konvergenzphase endet 2009 – und durch die Erweiterung des Spektrums der von Krankenhäusern zu erbringenden ambulanten Leistungen⁵.

Die Ambulantisierung wird insbesondere im Pflege- und Behindertenbereich konzeptionell erweitert und eingebunden in dezentralisierte und vernetzte Versorgungsstrukturen. Im Behindertenbereich geht es in der Tendenz weg von Großeinrichtungen zu dezentralen wohnortnahen, gemeindeintegrierten Wohn-, Tages- und Arbeitsstätten. Im Pflegebereich entwickeln sich vernetzte Versorgungsstrukturen des Wohnens, der Kommunikation, der Betreuung und Pflege im Quartier.

Investoren, wie sie im Berichtsjahr beispielsweise im Pflegebereich aufgetreten sind, haben ein Interesse an großen stationären Einrichtungen. Hierdurch besteht die Gefahr, dass Überkapazitäten an stationären Leistungsformen entstehen und innovative bedarfsgerechte Leistungsformen am Entstehen gehindert werden.

Anpassung der Unternehmensstruktur

Im Sozial- und Gesundheitsbereich verändert sich die parzellierte Versorgungsstruktur zunehmend hin zu größeren Unternehmenseinheiten, z. B. in Form von Konglomeraten aus Einrichtungen gleichen Leistungstyps oder als Wertschöpfungsketten. Zudem wird immer mehr versucht, durch Kooperation, Fusion und Akquisition die Effizienz zu steigern und die Marktposition zu festigen.

Das führt dazu, dass die Unternehmensgrößen im Sozial- und Gesundheitsbereich auch kartellrechtlich relevant werden. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass der Krankenhausmarkt ein Wettbewerbsmarkt ist, in dem für den Patienten das Wahlrecht erhalten bleiben muss und daher die Fusionskontrolle hier greifen müsse.⁶

⁴ gültig ab 1. Juli 2008

⁵ GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vom 1. April 2007

⁶ KVR 26/07; 16. Januar 2008

Anpassung an veränderte Finanzierungserfordernisse

Trotz konjunkturbedingtem Einnahmeüberschuss in 2007 hat sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der Sozialen Sicherungssysteme nicht entspannt. Noch immer ist Deutschland hoch verschuldet. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte beläuft sich auf rund EUR 1,5 Billionen. Es sind aber nicht nur die Haushaltslage und die Prioritätensetzung der öffentlichen Einnahmen- und Ausgabenpolitik, die für die aktuellen Finanzierungsanforderungen in der Sozialwirtschaft maßgeblich sind, sondern auch die Neugestaltung der Regelungen des Sozial- und Gesundheitsbereichs. Gewollt sind hier ein Wechsel von der direkten öffentlichen Förderung zu Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung sowie ein Wechsel von der Objekt- zur Subjektförderung. Beginn die Verlagerung der Investitionsfinanzierung von der öffentlichen Zuwendung zur Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung vor allem im Pflegebereich, so geschieht diese inzwischen auch im Krankenhausbereich. Das im Berichtsjahr eingeführte neue Förderverfahren des Landes NRW beispielsweise sieht vor, dass Krankenhäuser Investitionen vorfinanzieren und die jährliche Pauschale dazu benutzen können, um Tilgung und Zinsen zu bezahlen.⁷ Dieser Trend wird sich voraussichtlich bundesweit fortsetzen.

Als Beispiel für die zunehmende Subjektförderung ist insbesondere der Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget anzuführen. Beim Persönlichen Budget fließt das Geld direkt an die Bedürftigen, die damit die Leistungen selbst oder mit Hilfe ihrer Angehörigen oder eines Fallmanagers einkaufen. Das Persönliche Budget war seit 2004 gesetzlich vorgesehen und befand sich seitdem in einer Modellphase. Seit dem 1. Januar 2008 besteht hierauf ein Rechtsanspruch⁸. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz sieht vor, dass die Geld- und Sachleistungen der Pflegeversicherung auf Antrag als echte Geldleistungen in das trägerübergreifende Persönliche Budget einge-

bracht werden können. Um die gewünschten Einnahmen zu erzielen, müssen die Anbieter offensiv nutzerspezifische Leistungen entwickeln und zu einem attraktiven Preis anbieten. Das geforderte Leistungsspektrum und die Preise werden sich differenzieren; der Wettbewerb wird zunehmen.

Die Finanzierungsanforderungen stellen sich in den einzelnen Bereichen der Sozialwirtschaft unterschiedlich dar. Eine gute Ertragslage ist bei traditionell finanzierten Leistungsangeboten wie z. B. den stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie auszumachen. Daneben gibt es die Leistungsbereiche wie Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine Marktberreinigung stattfindet, die aber selektiv für Mittelgeber interessant sind. Andere Leistungsbereiche wie z. B. allgemeine soziale Beratung, Schuldnerberatung, Erziehungs- und Jugendberatung, Beratung Suchtkranker, Dienste für Migranten und offene Behindertenhilfe sind zumeist kommunal finanziert und aufgrund der Rückführung der Leistungen der öffentlichen Haushalte häufig in einer prekären Finanzsituation – ungeachtet des steigenden Bedarfs.

Anpassung an den Wettbewerb

Der Wettbewerb in den Leistungsbereichen der Sozialwirtschaft ist vom Gesetzgeber induziert, entfaltet aber mittlerweile eine eigene Veränderungsdynamik. Durch ihn werden die bereits aufgeführten Anpassungserfordernisse wesentlich mit verursacht.

Der Wettbewerb findet in zwei Bereichen statt: in dem Beziehungsfeld zwischen Anbietern und Finanzierungsträgern sowie in dem Beziehungsfeld zwischen Anbietern und Kunden. Im ersteren Fall dominiert tendenziell der Preiswettbewerb. Durch die Einführungen von neuen Finanzierungsformen wie DRGs oder Fachleistungsstunden wird der Kostenwettbewerb gefördert. Belebend auf

⁷ NRW Krankenhausgestaltungsgesetz vom 28. Dezember 2007

⁸ SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

den Wettbewerb im Beziehungsfeld zwischen Anbietern und Kunden wirkt sich die Subjektförderung (z. B. Persönliches Budget), die steigenden Selbstzahlungen sowie die zunehmende Kundensouveränität aus.

Der Wettbewerb erzwingt Leistungs- und Kostenanpassungen und führt zu Marktberaumungsprozessen. Auf der einen Seite wächst die Insolvenzgefahr⁹, andererseits treten gut aufgestellte neue Anbieter in ökonomisch attraktiven Bereichen auf. Anbieter mit guter Managementkompetenz, ausreichender Finanzkraft und Zugang zu Kredit- und Kapitalmarkt haben eine relativ gute Wettbewerbsposition.

Anpassung durch Rationalisierung

Der Rationalisierungsdruck, dem die Anbieter in der Sozialwirtschaft begegnen, hat mehrere Ursachen. Auch dafür spielen die Rahmenbedingungen, die von der Gesetzgebung und den Finanzierungsträgern gesetzt werden sowie der zunehmende Wettbewerb eine wesentliche Rolle. Ebenso aber wird aus eigenem Antrieb rationalisiert, um das Eigenfinanzierungspotential zu erhöhen und die Attraktivität gegenüber den Mittelgebern aus dem Kredit- und Kapitalmarkt zu steigern.

Der Rationalisierungsdruck hat in den personalintensiven Dienstleistungsbereichen Folgen für Personalkosten und Personaleinsatz. Daher ist die Neufassung der Tarifsysteme¹⁰ und die Gestaltung der Beschäftigtenstruktur u. a. durch den Einsatz von geringfügig Beschäftigten, Ein-Euro-Jobbern und Zeitarbeitern oder die Gründung von Personalservice-Agenturen auch bei den gemeinnützigen Anbietern ein wichtiges Thema geworden.

Anpassung an die Europäisierung der Sozialwirtschaft

Anpassungserfordernisse der Anbieter ergaben sich im Berichtsjahr weiterhin auch aus der zunehmenden Europäisierung der Sozialwirtschaft. Zum einen gestaltet die europäische Rechtsetzung die Regelungen der nationalen Sozial- und Gesundheitsmärkte in immer größerem Umfang mit. Verwiesen sei hier beispielhaft auf das Vergaberecht, das Beihilferecht, auf die Regelungen zur Niederlassungsfreiheit, zur Arbeitnehmer-Freizügigkeit, zum Arbeitsschutz sowie auf die Mitteilung der Kommission zur den „Dienstleistungen im allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen“¹¹. Zum anderen nehmen die wirtschaftlichen Verflechtungen in Form grenzüberschreitender Angebote und Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Zukäufen und Joint Ventures im europäischen Ausland zu. Vorreiter sind hier privatgewerbliche Unternehmen. Auch große gemeinnützige Unternehmen engagieren sich immer häufiger in den übrigen europäischen Ländern.

Diese Entwicklungen und ihre Konsequenzen standen im Mittelpunkt des 5. Kongresses der Sozialwirtschaft „Europa sozial managen. Werte – Wettbewerb – Finanzen“ im Mai 2007. Dieser Kongress wurde von der Bank für Sozialwirtschaft gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Nomos Verlag veranstaltet. Das große Interesse von Verantwortlichen aus Sozialunternehmen machte deutlich, dass Europa in der deutschen Sozialwirtschaft angekommen ist.

Unterstützend für die Bank für Sozialwirtschaft und ihre Kunden hat im Berichtsjahr weiterhin der BFS-Europa-Service die europäische Entwicklung und ihre Konsequenzen beobachtet und analysiert. Über die Einbindung in das europäische Netzwerk ethischer und alternativer Banken (FEBEA) kann die BFS zudem europaweit Finanzierungen tätigen, aber auch internationale Plattformen

⁹ 2006: 17 Insolvenzverfahren für Versorge- und Rehabilitationseinrichtungen, 8 für Krankenhäuser und 52 für Altenheime/Altenpflegeheime

¹⁰ z. B. für das Diakonische Werk der EKD vom 1. Juli 2007

¹¹ vom 22. November 2007

organisieren, auf denen Finanzinstitute und Fachleute aus dem Kundenkreis best practice austauschen und Finanzierungsansätze diskutieren können. Im Mai 2007 fand z. B. ein Workshop zum Thema „Financing Caritas Activities in Europe – current situation and new ways of financing“ statt.

Ausblick

Die Veränderungsdynamik in der Sozialwirtschaft und die Anpassungsanforderungen, denen sich die Anbieter in der Sozialwirtschaft gegenübersehen, erfordern eine auf soliden Betriebs- und Marktdaten basierende zukunftsfähige Unternehmensteuerung, eine nachfrage- und wettbewerbssensible Produktentwicklung und ein professionelles Finanzmanagement.

Zu finanzieren sind Leistungsveränderungen und Leistungsinnovationen. Insbesondere wenn umfangreichere infrastrukturelle Voraussetzungen zu schaffen sind, haben größere Anbieter zumeist aufgrund ihrer Expertise sowie ihrer personellen und finanziellen Ressourcen bessere Ausgangsbedingungen.

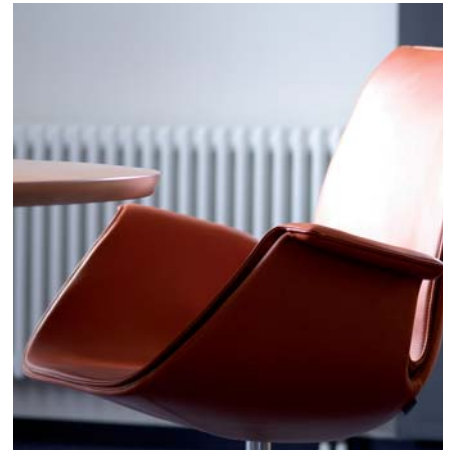
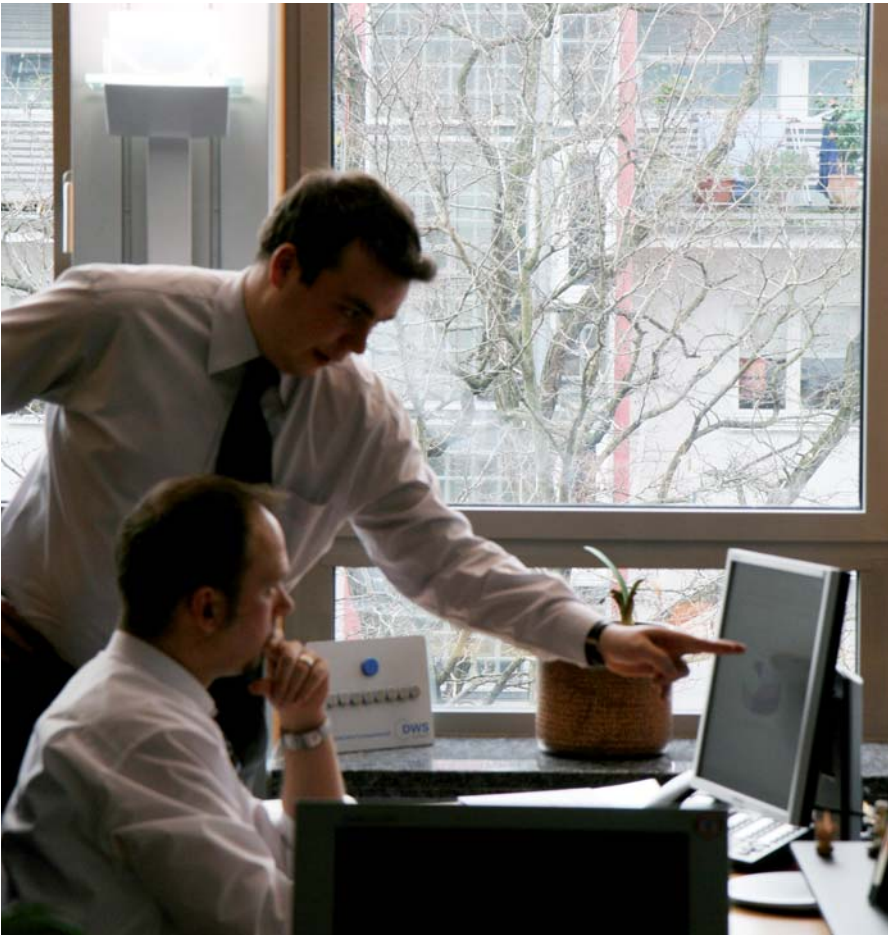
Im Rahmen des Netzwerks „Soziales neu gestalten“ hat sich die Bank für Sozialwirtschaft mit anderen innovativen Akteuren der Sozialwirtschaft¹² die Entwicklung neuer Lösungsansätze für die soziale Sicherung vor Ort zum Ziel gesetzt. Im September 2007 veranstaltete sie dazu die Fachtagung „Neue Wohnformen im Alter – Finanzierung innovativ gestalten.“

Neben der Finanzierung von Leistungsinnovationen geht es in der Sozialwirtschaft um die Finanzierung von Erweiterungs-, Modernisierungs-, Rationalisierungsmaßnahmen sowie um die Finanzierung von Akquisitionen und Fusionen. Darüber hinaus ist das perspektivische Gestalten der Kapital- und Finanzierungsstruktur zur Sicherung von Liquidität und Investitionsfähigkeit, zur

Erzielung einer günstigen Ratingposition und zur Minimierung der Finanzierungskosten erforderlich.

Die Anbieter von Gesundheits- und Sozialleistungen sind zunehmend angewiesen auf die Kredit- und Kapitalmarktfinanzierung. Sie müssen sich bislang in der Sozialwirtschaft unüblicher Finanzierungsinstrumente (wie z. B. Mezzanine Finanzierung, Forfaitierung, Leasing) und Finanzierungsvehikel (z. B. Fonds) bedienen. Hierbei müssen sie sich einstellen auf die Anforderungen der Mittelgeber. Die Mittelgeber – auch die Bank für Sozialwirtschaft AG – fordern u. a. eine Vision für die Zukunft, ein klar definiertes Leistungsprofil sowie eine nachvollziehbare Planungsrechnung.

¹² Bertelsmann Stiftung, Bremer Heimstiftung, CBT – Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft, Evangelisches Johanneswerk, Stiftung Liebenau



Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2007

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat im Geschäftsjahr 2007 ihre positive Geschäftsentwicklung weiter fortgesetzt. Die Ertragslage konnte erneut verbessert werden. Der Jahresüberschuss lag mit EUR 23,4 Mio. um 17,9 % über dem Niveau des Vorjahres. Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich um 3,0 % auf EUR 4,68 Mrd.

Aktivgeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 35,9 % auf EUR 132,1 Mio. Die starke Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist stichtagsbedingt und resultiert aus einem Rückgang der zur Anlage verfügbaren Mittel.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 8,0 % auf EUR 2.272,9 Mio. Die Steigerung entfiel erneut vorrangig auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen: Sie erhöhten sich um EUR 188,9 Mio. auf EUR 2.041,4 Mio. Realisiert wurde das Kreditwachstum wie schon in den Vorjahren vor allem durch eine intensive Nutzung des KfW-Kreditprogramms „Sozial investieren“. Der Investitionsbedarf für den Neubau und für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen ist ungebrochen hoch und das Spezialkreditinstitut BFS hier als Partner verstärkt gefragt.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag war mit EUR 2.033,3 Mio. um EUR 38,9 Mio. höher als im Vorjahr.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen blieben konstant auf einer Höhe von TEUR 14.189.

Die Treuhandkredite blieben mit einem Volumen von EUR 174,4 Mio. auf Vorjahresniveau. Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für Immaterielle Anlagewerte wurde im Geschäftsjahr um 4,4 % auf EUR 15,8 Mio. erhöht. Dies war durch weitere Investitionen in Software im Zusammenhang mit den in 2006 eingeführten Systemen SAP und Datawarehouse begründet.

Der Wert der Sachanlagen verringerte sich durch planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude um 5,7 % auf EUR 26,4 Mio.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände verbuchten insbesondere durch die Erhöhung von Steuerforderungen einen Zuwachs um EUR 3,2 Mio. auf EUR 11,2 Mio.

Passivgeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Berichtsjahr um 4,2 % auf EUR 1.406,4 Mio. zurückgeführt. Während die kurzfristigen Geldmarktgeschäfte einen starken Rückgang verzeichneten, wurde die langfristige Refinanzierung der Kundenforderungen weiter aufgestockt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten eine Erhöhung um 7,3 % auf EUR 2.796,9 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf Festgelder (+ 10,3 % auf EUR 1.448,8 Mio.). Die täglich fälligen Einlagen sind zum Stichtag um 4,5 % auf EUR 1.271,5 Mio. gestiegen. Die hohen Volumina im täglich fälligen und sehr kurzfristigen Bereich verdeutlichen den traditionell hohen Liquiditätsbedarf der Kunden. Zudem konnten die Volumina im Zahlungsverkehr weiter erhöht werden.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten verringerten sich im Vorjahresvergleich um 34,1 % auf EUR 20,3 Mio. Dies ist vor allem auf Fälligkeiten der bankeigenen Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die Rückstellungen wurden um 4,4 % auf EUR 27,8 Mio. reduziert.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten lagen auf dem Niveau des Vorjahres. Das Genussrechtskapital reduzierte sich aufgrund einer fälligen Tranche, die zum Stichtag in die Sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert wurde.

Haftendes Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage blieben im Berichtsjahr konstant bei EUR 36,4 Mio. bzw. EUR 43,3 Mio.

Die Gewinnrücklage ist um TEUR 16.000 auf TEUR 56.300 erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2006 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns beträgt damit EUR 136,0 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e.V. angeschlos-

sen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 7.200 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Ertragslage

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge in Höhe von TEUR 72.445 konnte im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 % gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist auf eine erfreuliche Entwicklung des Kundengeschäfts zurückzuführen.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR 2.887. Wie bereits im Vorjahr ist dies durch ein hervorragendes Ergebnis des Tochterunternehmens BFS Service GmbH begründet, das insbesondere im Geschäftsfeld Online-Factoring weiterhin wachsende Erträge erzielen konnte.

Das Provisionsergebnis blieb mit einem Rückgang um 0,5 % auf TEUR 5.196 fast konstant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Berichtsjahr durch mehrere Einmaleffekte um 19,3 % auf TEUR 2.173.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 5,0 % auf TEUR 35.126 zurückgegangen. Während sich der Personalaufwand durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 6,5 % auf TEUR 21.801 erhöhte, verringerten sich die anderen Verwaltungsaufwendungen um 19,3 % auf TEUR 13.325. Der Rückgang ist vor allem dadurch bedingt, dass im Vorjahr durch die Einführung der Standardsoftware SAP und die Realisierung eines Datawarehouse außerordentlich hohe Verwaltungskosten zu verzeichnen waren. Dennoch fielen im Berichtsjahr

weiterhin hohe Kosten für interne Projekte im Rahmen der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an – insbesondere durch die Einführung von Basel II sowie Folgekosten der Einführung von SAP.

Das **Betriebsergebnis** konnte im Vergleich zum Vorjahr um 19,8 % auf TEUR 42.413 erheblich verbessert werden.

Die Krise an den Kapitalmärkten führte zu erhöhten Abschreibungen auf den eigenen Wertpapierbestand. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge gearbeitet. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als früher. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf TEUR -10.982.

Die **gewinnabhängigen Steuern** reduzierten sich auf TEUR 8.023.

Der **Jahresüberschuss** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 17,9 % und liegt für das Geschäftsjahr 2007 bei TEUR 23.408.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 19,20 Mio. in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 4,20 Mio. an die Aktionäre auszuschütten. Dies entspricht einer Dividende in Höhe von EUR 6,00 pro Stammaktie nach EUR 5,50 im Vorjahr.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 12.415,00 angesetzt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind nicht vorgekommen.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze

und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert. Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Im Rahmen der Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr ihre Geschäfts- und Risikostrategie überarbeitet und neu festgelegt. Dabei hat sie sich für eine Fortsetzung ihrer bisherigen strategischen Ausrichtung und Risikopolitik entschieden.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und die noch zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme künftig weiterhin mit schwieriger werdenden

finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Aufgrund der Veränderungen in den Finanzierungsstrukturen ist damit zu rechnen, dass sich die Sozialwirtschaft in den nächsten Jahren verstärkt neuen Finanzierungsformen öffnen wird, z. B. um ihre oft unzureichende Eigenkapitalausstattung zu verbessern. Während sich Investor-Betreiber-Modelle und Fondsmodelle bereits am Markt etabliert haben, steht der Einsatz von mezzaninen Finanzierungsinstrumenten und Private-Equity-Formen insbesondere bei den gemeinnützigen Anbietern der Sozialwirtschaft noch am Anfang. Privatwirtschaftliche Akteure arbeiten bereits überwiegend mit verschiedenen Elementen der Unternehmensfinanzierung.

Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig maßgeschneiderte Angebote zu machen, weiter verfolgt. Die Reihe der Fachtagungen zum Thema „Neue Finanzierungsformen in der Sozialwirtschaft“ wurde im Frühjahr 2007 abgeschlossen. Die Kunden haben seitdem die Möglichkeit, sich in Seminaren der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH konkret auf den Einsatz neuer Instrumente der Unternehmens- und Investitionsfinanzierung vorzubereiten. Mit Blick auf die Erweiterung des entsprechenden Produktportfolios der Bank wurde in der zweiten Jahreshälfte ein Mezzanine-Fonds vorbereitet, der als bundesweit erster Fonds rechtlich so ausgestaltet ist, dass er auch für gemeinnützige Akteure der Sozialwirtschaft nutzbar ist. Zudem sind die Kosten durch eine einfache Konstruktion des Fonds niedriger gehalten als bei solchen Fonds bisher üblich.

Der BFS Mezzanine Fonds ist seit Frühjahr 2008 auf dem Markt; die Geschäftsführung liegt bei der Tochtergesellschaft IS Immobilien-Service GmbH.

Die ständige Verbesserung der internen Basis für die weitere Geschäftsausweitung bleibt auch nach der Einführung der Standardsoftware SAP und der Realisierung eines Datawarehouse im Sommer 2006 ein zentrales Thema. Inzwischen liegt der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit auf der optimalen Nutzung der softwaretechnischen Möglichkeiten der neuen Systeme. Derzeit wird eine einheitliche Plattform für alle kundenrelevanten Informationen vorbereitet.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, aber nicht grundsätzlich verändert werden. Hierzu gehört die Mitarbeiterfort- und -weiterbildung. Sie verfolgt das Ziel, neben den bankfachlichen Kenntnissen das Wissen um die Veränderungen der finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Branchen der Sozialwirtschaft aktuell zu halten. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Austausch mit Kunden und Gremien der Bank und die Unterstützung durch ein sozialwirtschaftliches Research.

Im Kreditgeschäft setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG ein internes Basel-II-fähiges Ratingsystem ein, das die Spezifika sozialwirtschaftlicher Kunden berücksichtigt. Zusätzlich verfügt sie über ein differenziertes Instrumentarium zur Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden, das ihr eine noch bessere Prüfung der Kreditrisiken ermöglicht. Es besteht u. a. aus einer Standort- und Wettbewerbsanalyse, einem Früherkennungssystem und einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsanalyse. Dieses Instrumentarium wird ständig ergänzt. Derzeit befindet sich z. B. ein erweitertes Benchmarking für die stationäre Altenhilfe in Vorbereitung.

Im Anlagegeschäft steht eine Beratung auf der Basis der gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund, die für die meisten Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG gelten. Dass traditionell überwiegend eine risikoaverse Anlageberatung nachgefragt wird, hat sich für die Kunden und die Bank seit Beginn der Bankenkrise als sehr vorteilhaft erwiesen. Die Spezialisierung auf eine Anlageberatung gemäß der Satzungsvorgaben gemeinnütziger Organisationen sieht die Bank für Sozialwirtschaft AG als Chance für eine Erhöhung des Provisionsgeschäftes z. B. im Zuge des Gründungsbooms gemeinnütziger Stiftungen. Dieser hat sich nach Inkrafttreten des „Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ im Herbst 2007 noch einmal verstärkt.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 17. März 2008

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt | Dietmar Krüger



Zur strategischen Ausrichtung
BFS auf einen Blick
Aufsichtsrat
Organe
Zentralbeirat
Bericht des Vorstandes
Bericht des Aufsichtsrates
Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang



Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

30

Dank für das große Engagement

Unsere Anerkennung und unser Dank gelten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank für Sozialwirtschaft AG, die sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mit wiederum sehr großem Engagement und viel Initiative für ein erfolgreiches Ergebnis eingesetzt haben. Ebenso gilt unser Dank der Mitarbeitervertretung für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit und den Einsatz bei der Vertretung der Mitarbeiterinteressen.

Kennzahlen aus dem Personalbereich

Entgegen dem sich schon seit einigen Jahren abzeichnenden Trend im Bankenbereich hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Mitarbeiterstärke im Jahr 2007 um 2 % auf 280 Mitarbeiter/innen erhöht. Der moderate Personalaufbau bei der BFS wird sich auch im kommenden Jahr fortsetzen. Insbesondere kundennahe Bereiche werden aufgrund des Anstiegs des Geschäftsvolumens und des beratungsintensiven Geschäftes eine Verstärkung erfahren.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten teilt sich hälftig auf. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit liegt bei über 10 Jahren. Im Geschäftsjahr 2007 konnten zahlreiche 10-, 25-, und 30-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Die Fluktuationsquote bewegte sich mit rund 5 % in einer niedrigen Größenordnung. Diese Betriebstreue ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Aus- und Fortbildung

Trotz anhaltender Problematik der qualitativen Personalakquisition konnten zum 1. August 2007 weitere Auszubildende eingestellt werden. Somit befinden sich durchschnittlich acht Auszubildende im Hause, denen nach erfolgreicher Abschlussprüfung zum Bankkaufmann bzw. zur Bankkauffrau eine Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis angeboten wird.

Die Schwierigkeiten der geeigneten Personalbeschaffung beschränken sich nicht auf den Bereich der Auszubildenden, sondern erstrecken sich auf die gesamte Personalakquisition. Mit diesem Phänomen sah sich die Bank schon in den vergangenen Jahren konfrontiert. Es stehen Überlegungen an, insbesondere qualifizierten Nachwuchs dadurch zu generieren, indem wir ein duales Ausbildungskonzept anbieten. Der Auszubildende studiert dann parallel und erwirbt den Bachelor of Management und Financial Markets (B. Sc.). Über eine Mitfinanzierung des Studiums durch das Unternehmen können Vereinbarungen getroffen werden, um die Auszubildenden frühzeitig an das Unternehmen zu binden und so eine gewisse Unabhängigkeit im immer stärker umkämpften Markt um gute Bewerber im Bankenbereich zu erlangen.

Weiterbildungsmaßnahmen von Mitarbeiter/innen erfolgen regelmäßig zielgerichtet auf die Bedürfnisse und Anforderungen des Einzelnen. Gemeinsam mit qualifizierten Seminaranbietern wurden sowohl bankfachliche als auch persönlichkeitsbildende Seminare angeboten. Darüber hinaus fanden eine Vielzahl von innerbetrieblichen Veranstaltungen und Workshops statt, beispielsweise zu EDV-technischen Themen oder Neuentwicklungen im Bankenbereich.

Die Erfahrungen zeigen, dass die qualifizierte Beratung unserer sozialwirtschaftlichen Klientel eine systematische zusätzliche Ausbildung erfordert. Einen ebenfalls sehr wichtigen Baustein unseres Personalentwicklungs-

konzeptes stellt daher unser sozialwirtschaftliches Fortbildungsangebot dar. In Einführungs-, Aufbau- und Spezialistenseminaren werden unsere Kundenbetreuer/innen ständig in den von der Bank betreuten Marktsegmenten weitergebildet. Dies trägt dazu bei, dass unsere Kunden stets von bestens qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut werden.

Gesellschaftliches Engagement

Das aktive gesellschaftliche Engagement unserer Mitarbeiter/innen in vielfältiger Form zu fördern, betrachten wir aufgrund der Herkunft der Bank für Sozialwirtschaft AG aus der Freien Wohlfahrtspflege traditionell als Verpflichtung. Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialwirtschaftlichen Unternehmen wahr.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Mit Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) beabsichtigte der Gesetzgeber, eine Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts, einer Behinderung oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Bei Verstößen gegen das Gesetz durch die Bank selbst oder durch Arbeitnehmer in der Bank drohen Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüche.

Dieser gesellschaftspolitische Anspruch der Gleichberechtigung in Betrieben hat bei der Bank für Sozialwirtschaft AG zu keinen Änderungen geführt, da diese Wertvorstellungen bei der Bank bereits vorab gelebt wurden. Dennoch wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den gesetzlichen Änderungen ausführlich geschult.

Gesundheitsschutz

Rauchen schädigt die Gesundheit. In der Arbeitswelt wird dieser Tatsache leider oftmals noch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Wir sind der Meinung, dass der betriebliche Nichtraucherschutz nicht auf dem privaten Engagement einzelner Nichtraucher beruhen darf. Aus diesem Grunde haben wir unsere Fürsorgepflicht als Arbeitgeber wahrgenommen und zum Schutz vor gesundheitsschädigenden Faktoren durch das Passivrauchen ein betriebliches Rauchverbot in Form einer Gesamtbetriebsvereinbarung im Unternehmen verankert.

Die Bank für Sozialwirtschaft ist somit an allen Standorten rauchfrei und bietet Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Wunsch haben, sich das Rauchen abzugewöhnen, vielfältige Hilfestellungen an.

Familienbewusste Personalpolitik

Es liegt uns sehr daran, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Verschiedene Teilzeitarbeitsmodelle bieten den Beschäftigten viele Variationsmöglichkeiten, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit an, in Teilzeit (z. B. wöchentliche Arbeitszeiten von bis zu 30 Stunden) zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeiter/innen die Chance, sich während besonders betreuungsintensiven Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet aber gleichzeitig die Möglichkeit des Qualifikationserhalts, des Hinzuverdienstes auf einer qualifizierten Stelle und des Kontakthaltens zu Kolleginnen und Kollegen, die

die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung erleichtert.

Gleichzeitig versuchen wir Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen nach der Elternzeit so weit es geht zu realisieren, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung und ein Vertrauensarbeitszeitmodell unterstützt wird.

Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, können nach verschiedenen Modellen ihre Arbeitszeit reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die auch für die Übernahme familiärer Verpflichtungen z. B. gegenüber den Enkelkindern (und damit mittelbar auch als zeitliche Entlastung der eigenen Kinder) genutzt werden können.

Hierbei begreifen wir die Altersteilzeit als betriebsinterne Herausforderung, betriebspezifisches Wissen weiterzugeben, neuen Beschäftigten einen gleitenden Einstieg ins Unternehmen zu ermöglichen und den Dialog der Generationen zu fördern.



Zur strategischen Ausrichtung
BFS auf einen Blick
Aufsichtsrat
Organe
Zentralbeirat
Bericht des Vorstandes
Bericht des Aufsichtsrates
Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang

33



Bericht des Vorstandes

Entwicklung der Tochterunternehmen

34

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH konnte das Geschäftsjahr 2007 erneut mit dem besten Ergebnis ihrer Geschichte abschließen: Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 17 % auf EUR 5,3 Mio. Damit übertraf er erstmals die Marke von fünf Millionen Euro. Der Gewinn konnte auf EUR 1,4 Mio. gesteigert werden. Wie bereits in 2006 ist das hervorragende Ergebnis vor allem auf die hohe Nachfrage nach Online-Factoring zurückzuführen.

Online-Factoring

Die unkomplizierte Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring hat sich im Verlauf der letzten Jahre zum Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH entwickelt. Durch die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele ist der traditionell ohnehin hohe Liquiditätsbedarf der Einrichtungen der Sozialwirtschaft weiter gestiegen. Der Bedarf an Vorfinanzierungen und damit die Nachfrage nach Online-Factoring verzeichnen dadurch ein starkes Wachstum. Die BFS Service GmbH konnte von dieser Entwicklung durch ihr speziell auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser etc.) zugeschnittenes Leistungspaket und ihre langjährigen Erfahrungen profitieren.

Insgesamt wurden 5.863 Ankäufe mit einem Forderungsvolumen von rund EUR 437 Mio. getätigt. Das durchschnittliche Ankaffungsvolumen je Rechnungsausgangsdatei betrug rund TEUR 75.

Benchmarking und Betriebsvergleiche

Zum zweiten Mal führte die BFS Service GmbH im Geschäftsjahr 2007 in Zusammenarbeit mit dem „Bundesverband evangelische Behindertenhilfe“, der „Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie“ und der „xit GmbH“ ein verbandsübergreifendes „Qualitätsorientiertes

Benchmarking für Wohnstätten der Behindertenhilfe“ durch. Darin werden nicht nur betriebs- und personalwirtschaftliche Input-Daten, sondern auch Prozess- und Ergebnisdaten verglichen. Die Datenauswertung umfasst neben einem standardisierten Kennzahlenbericht eine Datenanalyse und -interpretation sowie einen extern begleiteten Inhouse-Workshop. Die Teilnehmer können eine umfangreiche Datenbasis mit qualifizierten Informationen zur Unternehmenssteuerung nutzen. Im zweiten Jahr haben sich rund 80 Wohnstätten an dem Projekt beteiligt. Damit ist es das größte Benchmarking-Projekt, das in diesem Bereich bisher angeboten wird. Die dritte Ausschreibung hat im März 2008 begonnen.

Zum langjährigen Standardangebot der BFS Service GmbH gehören die Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen, die vom Markt nach wie vor gut angenommen werden. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das seit einigen Jahren durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management nicht nur Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben, sondern auch Veränderungen in den Einrichtungen auslösen.

Fortbildung

Insgesamt besuchten im letzten Jahr rund 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Ein- und Zweitagesseminare zu sozialwirtschaftlichen Fachthemen. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt der Nachfrage auf betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen, die zugleich das Kernangebot der BFS Service GmbH als Tochtergesellschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG darstellen.

Ausgerichtet an der Strategie der Bank, zu deren Zielen unter anderem die Förderung der betriebswirtschaftlichen Professionalisierung ihrer Kunden gehört, standen im Mittelpunkt der Seminarangebote der BFS Service

GmbH erneut die veränderten Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft und die daraus folgenden Anforderungen an die Führung sozialer Unternehmen. Um hier stets zukunftsweisende Seminarthemen anbieten zu können, arbeitet die BFS Service GmbH mit einem Netzwerk von internen und externen Experten für die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft. Ziel des Unternehmens ist es, möglichst frühzeitig mit praxisorientierten Seminaren und Tagungen zu neuen Fragestellungen am Markt zu sein.

Neue Seminarthemen im letzten Jahr waren u. a. „Neue Wege und Instrumente der Unternehmens- und Investitionsfinanzierung“, „Quo vadis – TvöD übernehmen oder einrichtungsspezifisches Entgeltsystem erarbeiten“ und „Marketing in der Eingliederungshilfe“.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin sehr positiv ein. Insbesondere die Inanspruchnahme von Online-Factoring wird aufgrund der noch kleiner werdenden finanziellen Spielräume für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens auch in den nächsten Jahren stark steigen. Im Bereich des Benchmarking arbeitet das Unternehmen an einer Erweiterung seines Angebots und will damit seine Stellung als anerkannter Partner im Markt weiter ausbauen. Bei den Seminaren rechnet die BFS Service GmbH auf der Basis ihrer Marktposition mit einer moderat erfreulichen Entwicklung.

IS Immobilien-Service GmbH

Die Nachfrage nach Gutachten und Beratungsleistungen der IS Immobilien-Service GmbH ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Die Attraktivität des deutschen Pflegemarktes für in- und ausländische Investoren hat inzwischen dazu geführt, dass an vielen Standorten eine Marktsättigung im Pflegeimmobiliensegment vorliegt. Eine Konsequenz ist, dass weniger der Bedarf, sondern vielmehr die Wettbewerbsfähigkeit über die Zukunftsaussichten einer Pflegeimmobilie entscheidet. Umso wichtiger werden Instrumentarien, die sowohl dem Investor als auch der finanzierenden Bank eine zuverlässige Einschätzung der Zukunftsfähigkeit einer Einrichtung ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund hat die IS Immobilien Service GmbH die Kernkriterien für eine Projektbewertung unter den geänderten Rahmenbedingungen neu definiert und ihre Instrumentarien angepasst. Entscheidend war das Ergebnis einer Auswertung der Marktsituation: Bei einem Angebotsüberhang verteilt sich die Nachfrage nicht gleichmäßig auf die vorhandenen Einrichtungen, sondern konzentriert sich auf die Anbieter, die ein attraktives Preis-/Leistungsverhältnis aufweisen und dies erfolgreich in den Markt hinein kommunizieren. Erfolgsbestimmend ist die Wettbewerbsstärke des jeweiligen Anbieters vor Ort.

Im Rahmen ihrer detaillierten Standort- und Wettbewerbsanalyse prüft die IS Immobilien-Service GmbH unter anderem das Pflegekonzept, die Qualität der architektonischen Planung und deren Passgenauigkeit zum Pflegekonzept sowie die Stellung des Betreibers am Markt. So wird nachvollziehbar, ob ein Investitionsvorhaben wettbewerbsfähig ist, auch wenn es einen Angebotsüberhang gibt. Diese Form der Analyse ist bisher bundesweit einmalig und wird von den Kunden sehr gut angenommen. Durch die Vielzahl der Analysen – rund 80 pro Jahr – hat die IS Immobilien Service GmbH einen

tiefen Einblick in die regionalen Märkte. Davon profitieren die Kunden sowohl hinsichtlich der Aussagequalität als auch der Bearbeitungsgeschwindigkeit.

Im Geschäftsfeld der Beleihungswertgutachten hat sich im Berichtsjahr der Einsatz einer neuen Wertermittlungssoftware bewährt. Das nach anderthalbjähriger Vorbereitungszeit zu Jahresbeginn 2007 eingeführte Datenbankbasierte Wertermittlungsmodul sorgt für eine bessere interne Steuerung und eine schnellere Abwicklung, eine größere Übersichtlichkeit und eine bessere Vergleichbarkeit der Projekte. Auch enthält es Schnittstellen zu den externen Kooperationspartnern und gewährleistet eine automatische Aktualisierung z. B. bei gesetzlichen Änderungen.

Einen neuen Beratungsschwerpunkt bildete die Begleitung von Projekten, die für den Pflegeimmobilienfonds „A.B. SANIGA“ interessant erschienen. Den „A.B. SANIGA“ hat die Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH im Herbst 2006 in Kooperation mit der IS Immobilien-Service GmbH auf den Markt gebracht. Im Berichtsjahr kam man dem Ziel, den Fonds mit einem Portfolio attraktiver Altenpflegeheime zu füllen, um Einiges näher. Im Gegensatz zu den meisten Fonds berücksichtigt die Immobilienauswahl neben wirtschaftlichen auch ethische Aspekte, die vor allem für kirchliche und gemeinnützige Träger wichtig sind. Die IS Immobilien-Service GmbH agiert als Berater des Fondsmanagements.

Darüber hinaus ist der IS Immobilien-Service GmbH Anfang 2008 von der Bank für Sozialwirtschaft AG die Geschäftsführung des ersten „BFS Mezzanine Fonds GmbH & Co. KG“ übertragen worden. Der Fonds ist mit zunächst 10 Millionen Euro ausgestattet und investiert über Genussrechte in sozialwirtschaftliche Unternehmen. Zugleich sind Kapitalbeteiligungen in Form von Kommanditbeteiligungen an einem vermögensverwaltenden geschlossenen Fonds möglich. Rechtlich ist der Fonds so ausgestaltet, dass er sowohl von gemeinnützigen als auch von privat-gewerblichen Unternehmen der Sozialwirtschaft genutzt werden kann. Die IS Immobilien-Service GmbH geht davon aus, dass sozialwirtschaftliche Unternehmen ein großes Interesse an der Aufstockung ihrer Eigenkapitalbasis durch die Aufnahme mezzaninen Kapitals haben werden.

Ausblick

Die vorrangige Zielsetzung der IS Immobilien-Service GmbH für das laufende Geschäftsjahr ist eine intensive Akquise geeigneter Immobilien und Betreiber für den Spezialfonds A.B. SANIGA. Zudem bietet der A.B. SANIGA der IS die Möglichkeit, bei ausgewählten Standorten als Bauträger einzusteigen und damit ein neues Geschäftsfeld mit attraktiven Ertragspotenzialen zu erschließen.



Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Am 3. Juli 2007 schied Herr Pfarrer Dr. h. c. Jürgen Gohde, Präsident a. D. des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin, aus dem Aufsichtsrat aus. Neu berufen wurde Herr Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik, Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin. Der Aufsichtsrat bedankte sich bei Herrn Pfarrer Dr. Gohde für die langjährige Zusammenarbeit und begrüßte Herrn Pfarrer Kottnik als neues Mitglied des Aufsichtsrates.

Der Jahresabschluss 2007 wurde von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / Steuerberatungsgesellschaft, Eschborn / Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

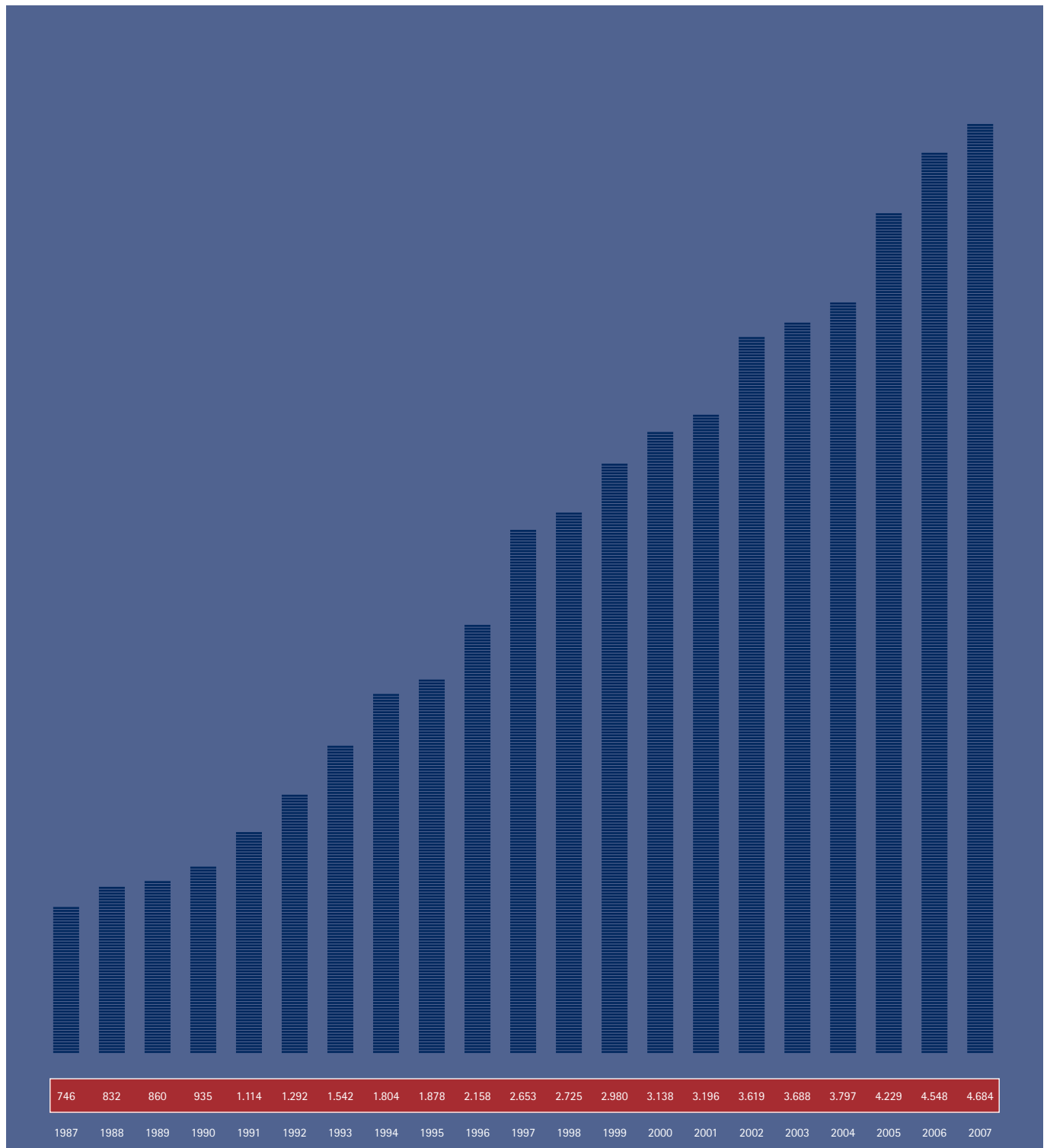
Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2007. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 27. Mai 2008

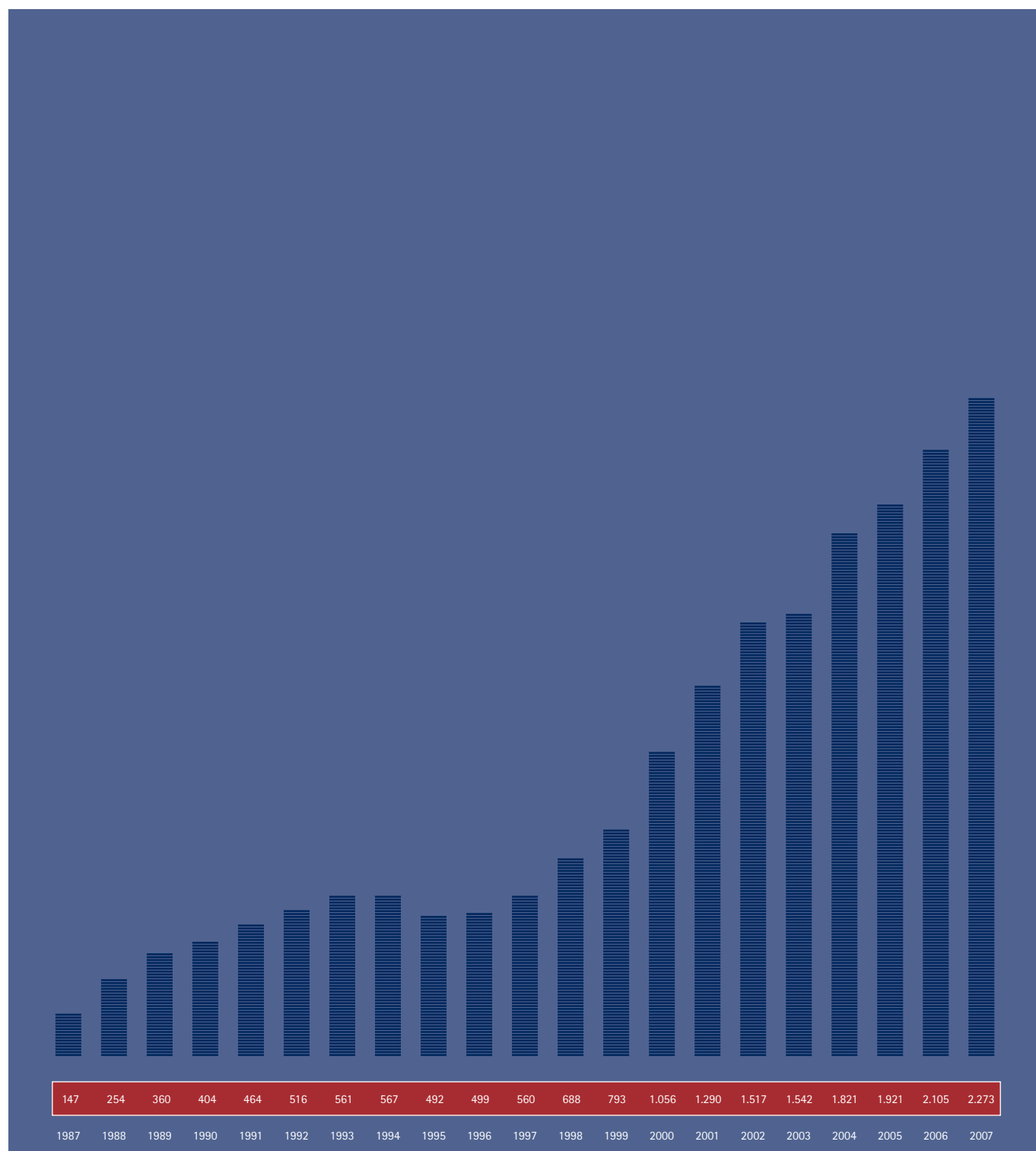
Der Aufsichtsrat

Die Bilanzsumme in Millionen EUR



Die Kundenkredite in Millionen EUR

40



Jahresbilanz

07

zum 31. Dezember 2007 der
Bank für Sozialwirtschaft AG
Berlin/Köln

Jahresbilanz
zum 31. Dezember 2007 der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin/Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		559.064,17		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>0,00</u>	559.064,17	540
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
b) Wechsel		-,-	-,-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		11.529.408,34		
b) andere Forderungen		<u>120.578.937,77</u>	132.108.346,11	206.137
4. Forderungen an Kunden			2.272.885.013,55	2.104.629
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	636.843.474,22			(643.986)
Kommunalkredite	26.759.041,34			(35.312)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		426.691.645,24		505.779
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	426.691.645,24			(505.779)
bb) von anderen Emittenten		1.408.942.136,79		1.194.295
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.377.065.945,12			(1.139.142)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>554.955,50</u>	1.836.188.737,53	580
Nennbetrag	555.000,00			(580)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			197.092.561,43	293.731
7. Beteiligungen			3.196.995,41	3.197
darunter: an Kreditinstituten	513.891,88			(514)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.991.928,67	10.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			(-)
9. Treuhandvermögen			174.358.176,10	174.733
darunter: Treuhandkredite	174.358.176,10			(174.733)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			15.773.692,55	15.113
12. Sachanlagen			26.428.043,69	28.032
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			-,-	-
darunter: eingefordert	-,-			
14. Eigene Aktien oder Anteile			-,-	-
Nennbetrag	-,-			
15. Sonstige Vermögensgegenstände			11.201.660,84	7.989
16. Rechnungsabgrenzungsposten			3.141.400,33	2.455
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			4.683.925.620,38	4.548.201

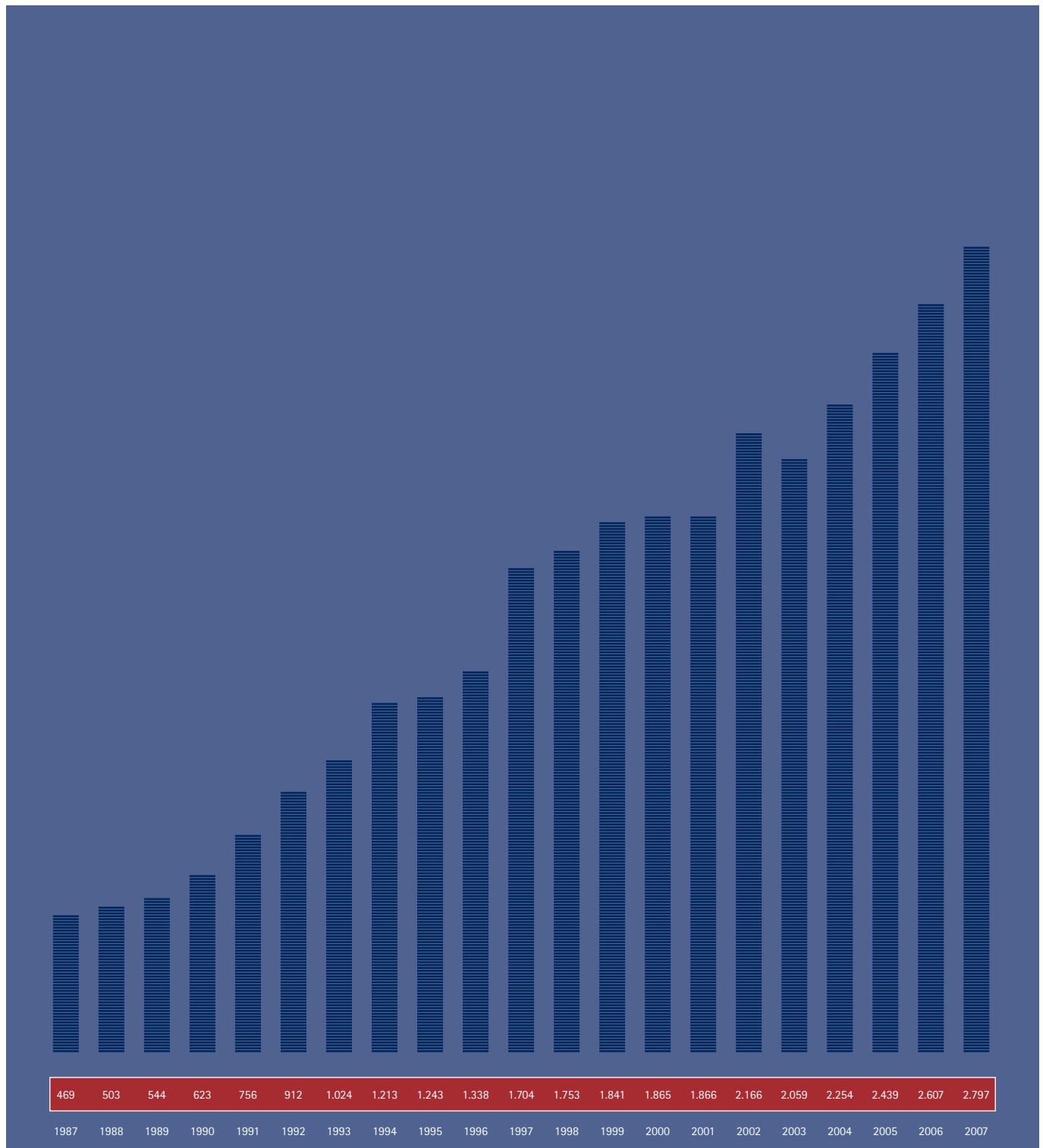
Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			204.903.687,89		87.430
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>1.201.453.217,77</u>	1.406.356.905,66	1.380.398
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		62.880.291,25			62.677
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>13.746.994,57</u>	76.627.285,82		14.871
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.271.457.732,47			1.216.539
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.448.848.610,57</u>	<u>2.720.306.343,04</u>	2.796.933.628,86	1.313.317
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			20.288.347,39		30.770
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			--	20.288.347,39	-
darunter:					
- Geldmarktpapiere	--				(-)
- eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	--				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				174.358.176,10	174.733
darunter: Treuhandkredite	174.358.176,10				(174.733)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				9.082.474,85	4.128
6. Rechnungsabgrenzungsposten				4.313.784,78	3.373
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			6.279.193,00		5.835
b) Steuerrückstellungen			3.603.260,00		4.499
c) andere Rückstellungen			<u>17.919.519,72</u>	27.801.972,72	18.732
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				--	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				53.514.686,57	53.556
10. Genussrechtskapital				26.700.000,00	32.324
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	--				(5.624)
11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken				5.200.000,00	5.200
11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung				--	-
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			36.400.000,00		36.400
b) Kapitalrücklage			43.263.228,45		43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		--			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		--			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		--			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>56.300.000,00</u>	56.300.000,00		40.300
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			<u>23.412.415,00</u>	159.375.643,45	19.855

Summe der Passiva				4.683.925.620,38	4.548.201
--------------------------	--	--	--	------------------	-----------

1. Eventualverbindlichkeiten	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	--		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	54.215.142,83		52.122
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	--	54.215.142,83	-
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	--		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>172.438.563,74</u>	172.438.563,74	246.335

Die Kundeneinlagen in Millionen EUR

44



Gewinn- und Verlustrechnung

07

vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007
der Bank für Sozialwirtschaft AG
Berlin/Köln

Gewinn- und Verlustrechnung
der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin/Köln
vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	138.323.441,58			118.778
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>72.934.387,01</u>			<u>54.574</u>
		211.257.828,59		173.351
2. Zinsaufwendungen		<u>146.749.518,55</u>	64.508.310,04	<u>116.777</u>
				56.575
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.654.098,33		10.802
b) Beteiligungen		<u>38.641,39</u>		<u>36</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>242.451,94</u>	7.935.191,66	<u>485</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.886.819,30	2.329
5. Provisionserträge		7.234.794,39		6.811
6. Provisionsaufwendungen		<u>2.038.530,09</u>	5.196.264,30	<u>1.587</u>
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften				35
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.172.797,25	1.822
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	18.120.335,54			17.145
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 1.068.233,83	<u>3.681.041,44</u>	21.801.376,98		<u>3.327</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>13.324.515,41</u>	35.125.892,39	<u>(675)</u>
				16.508
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.861.048,28	3.871
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			434.406,77	753
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		10.981.975,10		6.282
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				
			10.981.975,10	6.282
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-

17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-,-	-
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	-	-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	31.296.060,01		29.421
20. Außerordentliche Erträge	-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis	-,-		
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.022.922,52		9.288
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	-134.453,51	7.888.469,01	286
25. Erträge aus Verlustübernahme	-,-		-
26. Auf Grund einer Gewinnningemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-,-		-
27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-		-
28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-		=
29. Jahresüberschuss	23.407.591,00		19.848
30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	16.004.824,00		13.057
	39.412.415,00		32.905
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-,-		=
	39.412.415,00		32.905
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-		
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-,-		
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-		
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-		=
	39.412.415,00		32.905
33. Entnahmen aus Genussrechtskapital	-,-		=
	39.412.415,00		32.905
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-		
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-,-		-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-		
d) in andere Gewinnrücklagen	16.000.000,00	16.000.000,00	13.050
		23.412.415,00	19.855
35. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		-,-	=
36. Bilanzgewinn	23.412.415,00		19.855

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Zahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt. Aufgrund geänderter biometrischer Rechnungsgrundlagen kamen im Geschäftsjahr 2005 neben den Heubeck Richttafeln 1998 die neuen Heubeck Richttafeln 2005 G zur Anwendung. Die in einer Vergleichsrechnung ermittelten Auflösungsbeträge haben wir auch handelsrechtlich in analoger Anwendung des § 6a Abs. 4 EStG auf drei Jahre verteilt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2007 (volle Euro)

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	19.066.083	44.117.367	16.919.995	80.103.445
Zugänge	2.703.998	11.977	1.267.004	3.982.979
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-13.349	13.349	-
Abgänge	941	-	476.590	477.531
Abschreibungen kumuliert	5.995.447	22.385.673	13.026.037	41.407.157
Buchwerte am Bilanzstichtag	15.773.693	21.730.322	4.697.722	42.201.737
Abschreibungen Geschäftsjahr	2.042.942	1.028.324	1.789.782	4.861.048

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 42.876 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	2.000.000	3.196.995	10.991.929	16.188.924
Buchwerte am Bilanzstichtag	2.000.000	3.196.995	10.991.929	16.188.924
Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -			99.797.817
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			58.390.661

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	72.578.938	20.000.000	20.000.000	8.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	73.847.183	124.845.251	333.069.971	1.620.232.842

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 120.889.767 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	10.220.434
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	135.950.700

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Vorjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Vorjahr
in EUR				
Forderungen an Kunden (A 4)	9.282.372	19.919.518	11.773.743	11.969.424

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von Euro 6.451.596 (Vorjahr: Euro 5.869.108).

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.803.757.590	1.803.757.590	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	157.079.419	14.554.397	142.525.022	0
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** entfallen Euro 2.000.000 auf Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr Euro 0). In Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz		Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt	• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2007	500	2007	-
	• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2007	13.755	2006	-89
Indirekt	• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2007	520	2007 vorläufig	270

Der Gewinn 2007 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von Euro 2.886.819 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Weitere Beteiligungen bestehen unter anderem

- a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.635 entspricht dies einem Anteil von 6,78 %.
- b) am Grundkapital der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Grundkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00 %.
- c) an der WGZ Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.328. Gemessen am Kommanditkapital dieser Gesellschaft von TEUR 2.509.161 entspricht dies einem Anteil von 0,09 %.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und –verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	174.358.176
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	205.940
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	174.152.236

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von Euro 174.152.236 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen Euro 205.940.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	21.506.146
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.697.722

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	1.369.497
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	2.900.619
Steuererstattungsansprüche	5.814.159

- Im **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von Euro 1.870.074 (Vorjahr Euro 1.052.489) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von Euro 430.222 (Vorjahr Euro 496.410).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	119.012.788	67.348.380	235.724.530	779.367.520
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	459.210	11.676.682	1.611.103	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.280.207.720	125.782.520	23.832.240	19.026.130

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr Euro 10.713.983 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 2.241.723.630 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 963.164.515.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
noch nicht beglichene Rechnungen	618.629
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	112.069
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	367.469
Zinsanteile für Genussrechte	1.763.105
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	95.063
fällige Genussrechte	5.624.211
Steuerverbindlichkeiten	462.272

- Im **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6)** sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 4.113.822 (Vorjahr Euro 2.956.911) enthalten.
- Angaben zu Passivposten 9 (**Nachrangige Verbindlichkeiten**)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von Euro 2.844.495 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
8.000.000	Euro	4,09 %	20.10.2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das **Genussrechtskapital** der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	Nennbetrag
Emission 2002	4.000.000
Emission 2005	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber **verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	136.817	18.456
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.405.763	5.638.670	7.466.329	16.716.310

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen	Euro 54.215.143
---	-----------------

sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Unwiderrufliche Kreditzusagen	Euro 172.438.564
-------------------------------	------------------

II Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.425.268
Wertpapiergeschäft	2.871.017

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge in EUR	
Auflösung sonstige Rückstellungen	268.352
Miet- und Pachterträge	1.222.818

sonstige betriebliche Aufwendungen in EUR	
Zuführung sonstige Rückstellung	80.000

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.649 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.649). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2007 in Mio. EUR				Nominalbetrag		beizulegender Zeitwert
Zinsbezogene Geschäfte	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	Summe	negativ (-)	
OTC Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	23	307	287	617	-11,6	
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	4	19	23	0,9	

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2007 maximal Euro 7.200.284 betragen.

Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2007 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.

- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2007 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von Euro 1.885.328. Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung Euro 100.152, für die des Beirates Euro 7.380.

- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	47
Mitglieder des Aufsichtsrates	150.000
Mitglieder des Beirates	197.354

- **Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen**, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von Euro 9,2 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.
- Die Zahl der 2007 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	Prokuristen	5	–
	Handlungsbevollmächtigte	7	–
	Angestellte	216	24
		228	24
Gewerbliche Mitarbeiter		2	12
		230	36

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 16,64 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 15. Juni 2010 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Zum 31.12.2007 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 3.7.2007 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

Im Bilanzgewinn von Euro 23.412.415 ist ein Gewinnvortrag von Euro 4.824 enthalten.

- Entwicklung der Rücklagen:

	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
Stand per 01.01.2007	43.263.228	40.300.000	-
Zugang 2007			
• Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2006	-	16.000.000	
• Kapitalerhöhung	-		
• Umgliederung		-	-
Abgang 2007	-		
Stand per 31.12.2007	43.263.228	56.300.000	-

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Mergenthalerallee 3-5
65760 Eschborn

Mitglieder des Vorstandes

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- Dietmar Krüger, Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

- Prof. Dr. Manfred Willms, Vorsitzender, Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e.V., Generalsekretariat
- Dr. Wolfgang Teske, stellv. Vorsitzender, Finanzdirektor, Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e.V.
- Christian Graf von Bassewitz, Bankier i. R.
- Dr. Robert Batkiewicz, Geschäftsführer, Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e.V.
- Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e.V.
- Dr. h. c. Jürgen Gohde, bis 3. Juli 2007, Präsident a. D., Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Klaus-Dieter Kottnik, seit 3. Juli 2007, Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.
- Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V.
- Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor a. D., Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
- Berthold Simons, Direktor i. R.
- Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R.
- Michael Warman, Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.

Berlin/Köln, den 17. März 2008

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt | Krüger

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 2. April 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Griess	Hunkel
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Geschäftsstellen

- 10178 Berlin | Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367 | bfsberlin@sozialbank.de
- 01099 Dresden | Louis-Braille-Straße 8
Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585 | bfsdresden@sozialbank.de
- 45127 Essen | Kennedyplatz 6
Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644 | bfsessen@sozialbank.de
- 30177 Hannover | Podbielskistraße 166
Telefon 0511.34023-0 | Telefax 0511.34023-523 | bfs hannover@sozialbank.de
- 76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20
Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688 | bfskarlsruhe@sozialbank.de
- 50668 Köln | Wörthstraße 15-17
Telefon 0221.97356-0 | Telefax 0221.97356-177 | bfskoeln@sozialbank.de
- 04109 Leipzig | Zimmerstraße 3
Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543 | bfsleipzig@sozialbank.de
- 39104 Magdeburg | Fürstenwall 3
Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539 | bfsmagdeburg@sozialbank.de
- 55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G
Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669 | bfsmainz@sozialbank.de
- 81679 München | Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089.982933-0 | Telefax 089.982933-629 | bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

- 99084 Erfurt | Pfeiffersgasse 13
Telefon 0361.55517-0 | Telefax 0361.55517-20 | bfserfurt@sozialbank.de
- 22297 Hamburg | Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040.253326-6 | Telefax 040.253326-870 | bfshamburg@sozialbank.de
- 90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42
Telefon 0911.5815-401 | Telefax 0911.5815-403 | bfsnuernberg@sozialbank.de
- 70173 Stuttgart | Königstraße 80
Telefon 0711.62902-0 | Telefax 0711.62902-40 | bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

- B-1040 Brüssel | Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032.2280277-6 | Telefax 0032.2280277-8 | bfsbruessel@sozialbank.de

Impressum

Fotos

S. 10 u., S. 33 r. Gerhard Pfannendörfer | S. 22 r. Florian Müller | Bernd Labetzsch | Ulrike Brenner

Redaktion

Stephanie Rüth, Bank für Sozialwirtschaft AG

Gestaltung

Ulrike Brenner, Visual Department

Köln, Juni 2008

